

„Waffenexporte finanzieren Krieg“

Russlands Interesse an Afrika / Schaumburger Plattform: Afrika – Annäherung an einen Kontinent

VON VOLKMAR
HEUER-STRATHMANN

BÜCKEBURG. Echte Sorge klang aus den Worten von Susanne Conrad. Der Beitrag der Expertin der Konrad-Adenauer-Stiftung stieß beim Afrika-Forum der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP) auf besonders großes Interesse. Ein Aggressor steht als Akteur der Weltpolitik im Fokus – Russland ist Weltmacht, ist Atommacht und ein Nachbar in NATO-Perspektive. Alle Annahmen, Modelle, Szenarien, und Hypothesen stehen spätestens seit dem 24. Februar 2022 in einem neuen Licht, auch wenn es um Afrika geht.

Beim Thema Waffenhandel stellte Conrad eine direkte Verbindung her: „Russlands Waffenexporte in einzelne Staaten Afrikas dienen auch der Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine.“ Rolf Friedrich Krause, früher in den unterschiedlichsten Funktionen im Diplomatischen Dienst tätig und Leutnant der Reserve, verdeutlichte später, inwiefern Russlands Afrika-Politik trotz der Umwälzungen vor gut 30 Jahren doch auch vor dem Hintergrund der Politik der UdSSR zu sehen sei.

Heute allerdings gehe es nicht wie im Kalten Krieg um die Unterstützung von nützlichen Freiheitsbewegungen, sondern um unterschiedliche Wege der Einflussnahme und um Loyalitäten. Dafür, so die beiden Experten, kooperiere man auch mit Autokraten. Kein Wunder, so wie sich Wladimir Putins Machterhaltung und Machterhaltung im Riesenreich darstellt.

„Was dem Westen schadet,



Profunde Kenntnisse, warnende Worte, ambitionierte Vorträge:
Rolf Friedrich Krause und Susanne Conrad.

FOTO: VHS

nützt Russland“, wird als ein Motto Moskaus genannt, wenn es um Afrika geht. Die Schwierigkeiten Frankreichs und inzwischen auch Deutschlands in Mali wurden erwähnt. Damit kam in Conrads Beitrag die „Gruppe Wagner“ ins Visier, jene paramilitärische Organisation, die etwa in Mali ohne UN-Mandat agiert – anscheinend mit gewissem Erfolg, soweit es um islamistischen Terror geht. Conrad befürchtet, weitere russische Akteure dieser Art könnten in anderen Staaten Afrikas aktiv werden, insbesondere in instabilen Staaten oder bei ethnisch geprägten Konflikten.

Das Völkerrecht, das prinzipiell Nichteinmischung proklamiert, habe bei solchen Akteuren noch Lücken, beklagte die ambitionierte Referentin auf Nachfrage. Am meisten leide übrigens die ohnehin schon geplagte Bevölkerung, wenn der Westen sich zurückzöge.

Was von der russischen Führung veranstaltet werde, um „die Herzen und den Verstand“ der afrikanischen Bevölkerung zu erreichen, also immer mehr für sich einzunehmen, wirke kühn und klar kalkuliert. Die Versammelten, im Unterschied zum Podium mehrheitlich Männer, dürften ihre kostbare Zeit nicht als Follower, User oder gar selbst als Influencer im Internet verbringen. Von der Referentin wurde die Relevanz dieses wachsenden globalen „Unsicherheitsraumes“ betont, auch vor dem Hintergrund der „professionellen russischen Propaganda“ schon vor dem Überfall auf die Ukraine. Russlands Stimmen würden Afrika erreichen.

Die Experten bestätigten, dass sich nicht wenige afrikanische Staaten im Ukraine-Krieg um eine Art Neutralität bemühten. Man sieht primär die USA und Russland als Großmächte

im Konflikt um die „Weltordnung“, also um Dominanz. Die Ukraine erfährt nicht die erhoffte Solidarität, aber Russland erlebt auch nicht die mit Macht forcierte Loyalität.

Einig waren sich alle eingeladenen Experten mit Staatsministerin Katja Keul, dass die ärmsten afrikanischen Staaten besonders unter den Folgen des Krieges litten, etwa durch Teuerungen, westlichen Eigennutz und veränderte Prioritäten. Und die in Moskau zu bezahlenden Waffen vermindern die Möglichkeiten des Staates, nützliche eigene Projekte voranzubringen. Ein Zwischenruf, in diese Lücke springe China gerne hinein, zeigte, wie verflochten die Themenbereiche der Tagung sind.

Einmal wurde der Saal von heller Freude erfasst. Russland her, China hin – Katja Keul sagte mit Blick auf deutsche Projekte, die primär der Bevölkerung nützen, ökologisch sinnvoll sind und Länder wie Völker vernetzen, mit leuchtenden Augen: „Ich wünsche mir eine transafrikanische Eisenbahn.“ Aus Ghana gibt es immerhin einen Auftrag für die Deutsche Bahn, unternehmerisch tätig zu werden.

Schon wurde die „mentale Karte Afrikas“, wie sich Referent Krause schmunzelnd ausdrückte, aufgerufen. Schemenhaft und vermutlich nicht frei von Klischees, trotz Somalia, trotz Mali, trotz Südafrika. Allein die mit den Linealen angemaßter Macht gezogenen Grenzen garantieren Instabilität statt Sicherheit. Doch im Vergleich mit Frankreich oder Belgien las-

tet ein kleineres, aber nicht unbedeutendes Erbe der Kolonialzeit auf der deutschen Afrika-Politik.

Die weit ausgreifende Tagung ließ deutlich werden, wie brisant das Bevölkerungswachstum etwa im Subsahararaum immer noch ist. 49 der 54 Staaten gehören dazu. „Der größte Unsicherheitsfaktor“, so ein Teilnehmer. Die jüngsten Zahlen der Hunger- und Elendstoten wurden in Erinnerung gerufen. Die Lage in Nigeria und im Sudan habe sich durch den Krieg in der Ukraine noch dramatisch verschlimmert. Um Weizen geht es, um Waffen ganz anderer Art und eine tiefe Friedenssehnsucht der Ärmsten aus Angst ums Überleben.

Umso wichtiger, da war man sich einig, wäre eine langfristig angelegte, nachhaltig wirkende und endlich der eigenen Interessen bewusste Afrika-Politik Deutschlands als starkes Mitglied der EU und der NATO – abgesehen von akuter Hilfe. Die geplante afrikanische Freihandelszone habe viel Potenzial, hieß es. Bei dem Maß an Korruption? Die EU als Vorbild der langfristigen Entwicklung? 54 Mitgliedsstaaten als Ziel? Bei der ethnischen Vielfalt?

Cornelius Bithes Fazit konnte nach fünf Tagungsstunden und drei Themenrunden erst mal nur lauten: „Keine Lösungen, aber viele Fragen!“ Eine ging noch an die Staatsministerin, wie ein Gruß an Agrarminister Cem Özdemir und seine 26 Kollegen: „Was wird aus den EU-Importrestriktionen gegenüber Afrika?“